

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	19.04.2024
Thema	Parteien
Schlagworte	Konservative und Rechte Parteien
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Anderes
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernath, Magdalena
Bühlmann, Marc
Gianola, Giada
Hohl, Sabine
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Gianola, Giada; Hohl, Sabine; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Konservative und Rechte Parteien, Anderes, 2004 - 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

BAG Bundesamt für Gesundheit

OFSP Office fédéral de la santé publique

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Konservative und Rechte Parteien

ANDERES
DATUM: 31.12.2004
MAGDALENA BERNATH

Bei den **Kommunalwahlen** im Tessin hatte die Lega im Gegensatz zu den kantonalen und nationalen Wahlen vom Vorjahr **keine gravierenden Verluste** hinzunehmen. In Lugano konnte Giuliano Bignasca den Regierungssitz der Partei verteidigen, und in Chiasso gelang ihr der Sprung in die Exekutive. ¹

ANDERES
DATUM: 19.06.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf der Delegiertenversammlung in Aarau im Juni wurden die Nein-Parolen zu den **Asyl- und Ausländergesetzen** (mit 61:36 resp. 57:38 Stimmen) beschlossen. ²

ANDERES
DATUM: 27.03.2008
STEPHAN SCHOENHOLTZ

EDU-Nationalrat Christian Waber (BE) wurde Ende März zum neuen **Präsidenten** der **EVP/EDU-Fraktion im Bundesparlament** gewählt. Gemäss einer Vereinbarung zwischen den Fraktionspartnern löste er Heiner Studer (evp, AG) ab. ³

ANDERES
DATUM: 17.10.2009
SABINE HOHL

Am 17. Oktober fand eine Delegiertenversammlung der EDU in Liestal (BL) statt. An dieser **empfohlen die Delegierten die Anti-Minarett-Initiative einstimmig zur Annahme**. Zur Vorlage über die Spezialfinanzierung des Luftverkehrs wurde ebenfalls die Ja-Parole beschlossen, abgelehnt wurde dagegen die GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten. ⁴

ANDERES
DATUM: 20.05.2010
MARC BÜHLMANN

Nachdem die EDU 2009 mit der Annahme der Anti-Minarett-Initiative einen grossen Erfolg feiern konnte, wurde in einzelnen Kantonen eine **Annäherung an die SVP** – zumindest für einen gemeinsamen Wahlauftritt – geplant. Die politische Nähe der beiden Parteien zeigte sich an der Parolenfassung der EDU. So unterstützte sie beispielsweise die Ausschaffungsinitiative der SVP und sprach sich an ihrem Parteitag im Oktober in Olten gegen den Gegenvorschlag aus. An der Delegiertenversammlung in Sargans beschloss die EDU zudem, die Familieninitiative und die Anti-Abtreibungs-Initiative der SVP zu unterstützen. ⁵

ANDERES
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die Verteidigung des einzigen Ständeratssitzes gelang der BDP relativ locker. Zwar musste Werner Luginbühl bei den **Ständeratswahlen** im Kanton Bern zu einem zweiten Wahlgang antreten, wurde dann aber deutlich wiedergewählt. In den Kantonen Wallis und Neuenburg, wo die BDP ebenfalls einen Angriff auf einen Sitz in der kleinen Kammer lanciert hatte, blieb sie jedoch glücklos. Die Ständeratskandidatur im Kanton St. Gallen musste gar zurückgezogen werden.

ANDERES
DATUM: 31.12.2011
MARC BÜHLMANN

In den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Landschaft, Luzern, Waadt und Zürich wollten die Schweizer Demokraten mindestens einen Nationalratssitz gewinnen und so nach 2007 ein Comeback feiern. Das Unterfangen wurde allerdings deutlich verfehlt. In keinem Kanton konnte die rechtsextreme Partei, die zwischen 1991 und 1995 mit fünf Mandaten im Nationalrat vertreten war, mehr als 1% der Wählerschaft von sich überzeugen. Zudem verlor die SD in Basel-Landschaft ihr Landratsmandat und sitzt neu nur noch im Kanton Aargau in einer kantonalen Legislative. ⁶

ANDERES
DATUM: 21.09.2012
MARC BÜHLMANN

Seit den nationalen Wahlen 2011 sass die Lega wieder – wie bereits von 1991 bis 1995 und 1999 bis 2003 – mit zwei Tessiner Vertretern in Bern. Lorenzo **Quadri** und Roberta Pantani wurden in der SVP-Fraktion aufgenommen. Quadri verursachte Ende September einigen Presserummel mit einem Facebook-Eintrag, der Muslime mit islamistischen Terroristen gleichsetzte. In der Folge wandte sich die Vereinigung „Belticino“ mit Protestbriefen an den Nationalratspräsidenten Hansjörg Walter (svp, TG) und an den Fraktionspräsidenten der SVP- Fraktion, der die Lega angehört, Adrian Amstutz. Unterzeichner des Briefes waren Tessiner Persönlichkeiten wie der ehemalige

Ständerat Dick Marty (fdp, TI) oder der frühere Nationalrat Franco Cavalli (sp, TI). Das Büro des Nationalrates teilte den Absendern mit, dass es nicht zuständig sei und Quadri nicht gegen Verfahrensvorschriften verstossen habe. Der Lega-Politiker selber beteuerte, dass der Eintrag nicht von ihm selber stamme und er ihn – bereits im Juni darauf aufmerksam gemacht – bereits gelöscht habe.⁷

ANDERES
DATUM: 22.01.2013
MARC BÜHLMANN

Im Berichtjahr verstarb der ehemalige Präsident des MCG, Georges Jost. Jost sass 1987 bis 1993 für die **Vigilants** im Genfer Kantonsparlament und präsidierte die Bewegung von 2006 bis 2008.⁸

ANDERES
DATUM: 04.12.2013
MARC BÜHLMANN

Der neue Nationalrat Roger Golay, Nachfolger des in die Genfer Regierung gewählten Mauro Poggia, wurde, anders als sein Vorgänger, als **Mitglied in die SVP-Fraktion** aufgenommen. Die SVP-Fraktion zählte damit neu 63 Mitglieder. Poggia wurde die Mitgliedschaft noch verweigert, weil er in Sozial- und Sicherheitsfragen von der SVP als zu links betrachtet worden war. Fraktionslose Ratsmitglieder haben es im Parlament sehr schwer. Dieses Schicksal wird dem als Hardliner geltenden Golay nun nicht zuteil.⁹

ANDERES
DATUM: 01.01.2014
MARC BÜHLMANN

BDP – Liaison

Über den medialen Dauerbrenner einer Liaison bzw. schlussendlich Nicht-Liaison zwischen BDP und CVP berichten wir oben unter CVP.

ANDERES
DATUM: 04.01.2014
MARC BÜHLMANN

Der Rücktritt der langjährigen **BDP-National- und Kommunalpolitikerin Ursula Haller** (BE) drückte den Altersschnitt der BDP-Fraktion, die die mit durchschnittlich 55 Jahren älteste Fraktion stellte, ein wenig nach unten. Sie wolle das Amt als Gemeinderätin der Stadt Thun und als Nationalrätin, das sie seit 1999 für die SVP und später für die BDP ausübte, gleichzeitig beenden, so die Berner Oberländerin. Ihr Nachfolger – der 58-jährige Heinz Siegenthaler – war allerdings nur sieben Jahre jünger. Parteipräsident Martin Landolt zeigte sich für die Zukunft optimistisch. In den Kantonen würden viele junge Leute für die BDP kandidieren.¹⁰

ANDERES
DATUM: 11.01.2014
MARC BÜHLMANN

Die von der **CSP** bereits 2013 geplante **Namensänderung** wurde 2014 vollzogen. Mitte Januar nahmen die Delegierten in Fribourg die entsprechenden Statutenänderungen mit 15 zu 2 Stimmen an. Die Partei nennt sich neu "Mitte links – CSP". Ein neues Logo, das allerdings die gleichen Grundfarben (türkis, weiss) enthielt wie bisher, wurde Anfang Mai in Bern präsentiert. Mit der Namensänderung sollen neue, vor allem jüngere Wählerschichten angesprochen werden, die mit dem bisherigen „C“ wahrscheinlich eher abgeschreckt worden seien. An der politischen Ausrichtung wolle man jedoch nichts ändern. Nimmt man die Abstimmungsparolen der CSP zu den eidgenössischen Abstimmungen zum Nennwert, entsprach diese politische Linie durchaus links-grünen Positionen: Die Parolen der CSP waren nämlich bei allen zwölf eidgenössischen Abstimmungen identisch mit den Empfehlungen von SP und GP.¹¹

ANDERES
DATUM: 09.03.2014
MARC BÜHLMANN

Anfang März beging die **Lega** den einjährigen Todestag von Giuliano Bignasca. Frenetisch gefeiert wurde dabei der Gastredner Christoph Blocher (svp, ZH), der in seiner Rede kurz nach dem rekordhohen Ja des Tessins zur Masseneinwanderungsinitiative sagte, dass die Schweiz ohne das Tessin verloren wäre: **„Grazie a voi abbiamo vinto“**.¹²

ANDERES
DATUM: 31.03.2014
MARC BÜHLMANN

Nach wie vor war die **BDP-Bundesrätin** Eveline Widmer-Schlumpf eine wichtige Klammer, mit welcher die Partei zusammengehalten wurde. Der BDP-Bundesratsstz erwies sich allerdings auch 2014 weiterhin als Spielball der anderen Parteien. Während die Linke immer wieder antönte, die BDP-Bundesrätin weiterhin zu unterstützen und die CVP – zumindest bis zur endgültigen Absage einer Union mit der BDP – eine amtierende Bundesrätin nicht abwählen will, machten sich die FDP und die SVP für einen zweiten SVP-Sitz zulasten der BDP stark. Uneinheitlich war die Position der GLP, die sich eher bedeckt gab. Ob Eveline Widmer-Schlumpf noch einmal antreten wird oder nicht, blieb auch 2014 unklar. Wie eng die Partei nach wie vor mit ihrem

„Zugpferd“ verknüpft wahrgenommen wird, zeigt der Umstand, dass der Ausgang der kantonalen Wahlen, aber auch die gescheiterte Union, von den Medien als Zeichen für ein mehr oder weniger starkes Wackeln des Bundesratssitzes interpretiert wurden. Das Schicksal der Partei sei unweigerlich mit ihrer Bundesrätin verknüpft. Das häufig vorgebrachte Statement von Parteipräsident Landolt, man wolle sich von der eigenen Bundesrätin emanzipieren, verhalte scheinbar ungehört.¹³

ANDERES
DATUM: 05.04.2014
MARC BÜHLMANN

Nach sechs Jahren an der Spitze der Partei trat **EVP-Präsident** Heiner Studer (AG) von seinem Amt zurück. Studer war eine wichtige Figur in der EVP: Von 1970 bis 1976 war er Zentralsekretär, sass 1973 bis 1998 für die EVP im Grossen Rat des Kantons Aargau und von 1999 bis 2007 im Nationalrat. Er trete zurück, weil die EVP nicht von einem Rentner in die Wahlen 2015 geführt werden sollte, so der scheidende 65-Jährige, der an der Delegiertenversammlung Anfang April in Biel verabschiedet wurde. Als Nachfolgerin von Studer wurde einstimmig die bisherige Vizepräsidentin, die Berner Nationalrätin Marianne Streiff-Feller (BE) gewählt. Zum ersten Mal in der fast 100-jährigen Geschichte der Partei besetzt damit eine Frau den Posten des Vorsitzenden der EVP. Die Partei war 1919 offiziell gegründet worden und zählt 2014 rund 4'500 Mitglieder.¹⁴

ANDERES
DATUM: 22.04.2014
MARC BÜHLMANN

Die **rechtsextreme Szene** der Schweiz stand im Berichtsjahr nur selten im medialen Fokus. Im April zeigten Recherchen der "Sonntagszeitung", dass im Januar in der Zentralschweiz ein Benefizkonzert zugunsten der rechtsextremen griechischen Partei „Goldene Morgenröte“ stattgefunden hatte. Die PNOS – Sammelbecken parteipolitisch aktiver Rechtsextremisten – sei aber im Moment kaum aktiv, gab ein Rechtsextremismus-Experte zu Protokoll.¹⁵

ANDERES
DATUM: 03.05.2014
MARC BÜHLMANN

MCG-Mitgründer und „enfant terrible“ **Eric Stauffer**, war im Berichtsjahr einige Male Gegenstand der Genfer Schlagzeilen. Anfang Mai musste die Polizei einen Mann verhaften, der einst Mitglied der Protestpartei gewesen war und Stauffer mehrmals mit dem Tod bedroht hatte. Auch Mitte Oktober musste die Polizei eingreifen, allerdings nicht zum Schutz von Stauffer, sondern um ihn aus dem Genfer Grossratssaal zu begleiten. Der MCG-Politiker hatte sich lauthals beschwert, man verweigere ihm demokratische Rechte, weil ihm der Ratsvorsitzende nicht erlaubte, einen Änderungsvorschlag vorzulesen. Aufgrund seiner Unflätigkeit wurde er aus der Ratssitzung ausgeschlossen, weigerte sich aber zu gehen. Nachdem der Ratspräsident mit der Polizei drohte, stellten sich die MCG-Parlamentarier schützend vor Stauffer. Gleich sieben Polizisten waren dann nötig, um den Störenfried aus dem Rat zu geleiten. Aus Protest verliessen auch die übrigen Vertreter von MCG und alle SVP-Repräsentanten den Ratssaal.¹⁶

ANDERES
DATUM: 15.06.2014
MARC BÜHLMANN

Wie die EVP empörte sich auch die **EDU** gegen die neue **Stop-AIDS-Kampagne** des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Die „Sexgewerbe-Kampagne“ gaukle vor, „Menschen mit Kondom und ausschweifenden Sexualbeziehungen vor AIDS zu schützen“. Im Juli reichte die EDU zusammen mit anderen christlichen Organisationen ein verwaltungsrechtliches Gesuch auf Beendigung der Love-Live-Kampagne ein.¹⁷

ANDERES
DATUM: 18.06.2014
MARC BÜHLMANN

Zumindest in der Genfer Presse wurde gemutmasst, dass dem **MCG** ein ähnliches Schicksal bevorstehe wie allen Parteien, die zum ersten Mal in die Exekutive eingebunden werden: Ein zunehmend schwieriger **Spagat zwischen Regierungsverantwortung und Oppositionsgebahren**. Indizien dafür fanden sich etwa in der abweichenden Haltung des alt-National- und Neo-Regierungsrates Mauro Poggia zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP, welche der MCG zur Annahme empfohlen hatte. Auch in der Nicht-Berücksichtigung von Eric Stauffer für eine Spitalkommission, bei der sich Poggia der Stimme enthalten haben soll, wurde als Störung der Idylle zwischen Partei und Exekutivmitglied interpretiert. Poggias Gene würden eher einem CVP-Mitglied als einem „citoyen genevois“ entsprechen, interpretierte etwa "Le Temps" die innerparteiliche Gemütslage.¹⁸

ANDERES
DATUM: 23.08.2014
MARC BÜHLMANN

Obwohl sie für ihre Pädophileninitiative vor allem mit der SVP paktiert hatte, trat die Initiatorin und Gründerin der Vereinigung Marche Blanche, Christine Bussat, der **BDP** des Kantons Waadt bei. Bei den fremdenfeindlichen und rassistischen Absichten der SVP sei ihr unwohl, gab sie in einem Interview mit "Le Matin" als Grund für ihren Entscheid an. Die BDP war neben der SVP und dem MCG eine der wenigen Unterstützerinnen der erfolgreichen Volksinitiative. Ende Jahr liebäugelte **Christine Bussat** mit einer Kandidatur für die nationalen Wahlen 2015.¹⁹

ANDERES
DATUM: 25.08.2014
MARC BÜHLMANN

BDP-Parteipräsident Martin Landolt erzeugte mit seiner Etikettierung der SVP-Politik als **braune Politik** einigen medialen Wirbel. Er stelle „erschreckende Parallelen zu den 30er-Jahren“ fest, die sich in der Sprache, der Rhetorik und den Inseraten der SVP zeigten. Landolt wörtlich: „Bis zu welchem Punkt muss eine Politik noch brauner werden, bis alle merken, dass sie stinkt?“ Der Glarner Parteipräsident echauffierte sich vor allem über verschiedene Vorstösse der SVP – etwa die Idee, die Antirassismusstrafnorm wieder abzuschaffen – die von den Medien verharmlost würden. Auch das Stillschweigen sei eine erschreckende Parallele zu den 1930er-Jahren. Er habe Angst, dass die SVP die Schweiz in eine totale Isolation gegenüber Europa führe, so Landolt in einem Interview mit dem Tages Anzeiger. Er forderte deshalb, der extremistischen SVP dürfe kein Bundesratsstiz zugesprochen werden. An der Delegiertenversammlung Mitte Oktober in Liestal doppelte der Glarner Nationalrat nach und kritisierte eine Rede Christoph Blochers, bei der sich dieser nationalsozialistischer Rhetorik bedient habe.²⁰

ANDERES
DATUM: 21.10.2014
MARC BÜHLMANN

Mitte Oktober präsentierte die **EVP** ihr **neues Parteiprogramm**. Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde wurden als zentrale Pfeiler der Politik der EVP vorgestellt. Die EVP sei die einzige Partei, die gleichzeitig progressiv und konservativ sei. Dies zeige sich exemplarisch beim Kampf der Partei für die Erbschaftssteuerinitiative, aber gegen die Präimplantationsdiagnostik. Zudem gab sich die Partei ein neues Logo. Der bisher verwendete Hahn erscheint dort nicht mehr, weil er vor allem in der Romandie zu einigem Erklärungsbedarf geführt habe.²¹

ANDERES
DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

2013 hatte die **BDP** bei ihren **Parolenfassungen** zu 100% mit der CVP übereingestimmt. Dies war 2014 nicht mehr der Fall: Sowohl bei der Pädophileninitiative als auch bei der Gastroinitiative fassten die beiden Parteien unterschiedliche Empfehlungen. 2014 lag die BDP mit ihren Abstimmungsempfehlungen näher bei der FDP, mit der sie in elf von zwölf Fällen übereinstimmte. Auch hier war es die Pädophileninitiative, bei der sich die beiden Parteien nicht einig waren. Insgesamt war die BDP zusammen mit der GLP im Berichtsjahr die erfolgreichste Partei, nimmt man die Übereinstimmung zwischen Parole und Abstimmungsergebnis zum Massstab: Bei zehn der zwölf Vorlagen entsprach die Empfehlung der BDP dem Abstimmungsergebnis.

In Thun lehnten die Delegierten der BDP Anfang Jahr sowohl die Mindestlohninitiative (156 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen) als auch die Initiative gegen die Abtreibungsfinanzierung (147 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung) ab. Zudem empfahlen sie die FABI-Vorlage mit 152 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Annahme. Bereits im August 2013 hatten die Delegierten die Masseneinwanderungsinitiative der SVP mit 110 zu 0 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) zur Ablehnung empfohlen. Mit 89 zu 30 Stimmen bei 9 Enthaltungen war die Parolenfassung zur Beschaffung des Gripens an der Delegiertenversammlung Anfang April in Luzern etwas umstrittener. Etwas deutlicher wurden die Pädophilie-Initiative (95 zu 20 Stimmen bei 10 Enthaltungen) und fast einstimmig die Hausarztvorlage (122 zu 3 Stimmen) zur Annahme empfohlen. Ebenfalls in Luzern entschieden sich die Delegierten mit 103 zu 4 Stimmen bei 13 Enthaltungen für ein Nein zur Einheitskasseninitiative. Im August verwarfen die BDP-Delegierten in Pully die Ecopopinitiative (92 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen) und die Initiative gegen die Pauschalbesteuerung (92 zu 5 Stimmen bei 9 Enthaltungen). Eine parteiinterne Auseinandersetzung gab es bei der Gastroinitiative, wo ein Nein der Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die bei einer Annahme des Begehrens Steuerausfälle von mehreren Millionen Franken befürchtete, einem Ja von Initiator Hans Grunder (BE) gegenüberstand. Die Delegierten folgten letztlich mit 72 zu 25 Stimmen bei 4 Enthaltungen ihrer Bundesrätin. Das Nein zur Gold-Initiative wurde Mitte Oktober in Reinach mit 113 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gefasst.²²

ANDERES
DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

Die **EVP** lasse sich nur schwer in einem Links-Rechts-Schema verorten, sagte Marianne Streiff bei der Übernahme ihres Präsidentsamtes. Man sei in sozialen und ökologischen Fragen eher links und bei ethischen Fragen eher rechts-konservativ. Diese Ambivalenz zeigte sich bei den **Parolenfassungen** zu eher sozialpolitischen Anliegen, die im Vergleich zu anderen Parteien knappere Abstimmungen an den Delegiertenversammlungen hervorbrachten. Am meisten Mühe bekundete die EVP allerdings mit der Parolenfassung zur Gripen-Beschaffung. Weil das Resultat mit 48 zu 46 Stimmen bei 5 Enthaltungen äusserst knapp ausfiel, entschied sich die Partei Ende Januar in Olten für Stimmfreigabe. An der Delegiertenversammlung in Biel Anfang April beschloss die EVP mit 86 zu 40 Stimmen bei acht Enthaltungen, die Mindestlohninitiative und mit 101 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung die Pädophileninitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Deutlich Ja sagte die EVP zum Gegenvorschlag zur Hausarztmedizininitiative (mit 110 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen). Eher knapp war dann wieder das Ja zur Einheitskrankenkasse, das Ende Juni in Ittigen (BE) mit 63 zu 39 Stimmen bei einer Enthaltung zustande kam. Ebenfalls in Ittigen lehnte die EVP die Gastroinitiative mit 79 zu 13 Stimmen ab. Mit 67 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde die Ecopop-Initiative Mitte August in Fribourg verworfen. Die Initiative würde keine Probleme lösen und der Wirtschaft schaden. Die links-soziale Seite der EVP zeigte sich beim Ja zur Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung: Mit 73 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung unterstützten die Delegierten ebenfalls in Fribourg das linke Volksbegehren. Schliesslich wurde in Fribourg auch ein deutliches Nein gegen die Goldinitiative gefasst (71 zu 1 Stimme bei 6 Enthaltungen). Zur Vorlage für die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (Ja mit 105 zu 0 Stimmen) und zur Masseneinwanderungsinitiative (Nein mit 82 zu 11 Stimmen) hatte die EVP bereits 2013 in Winterthur Stellung bezogen. Dort hatte sie auch das Ja zur Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ gefasst. Die 59 zu 31 Stimmen bei 15 Enthaltungen waren zwar kein deutliches Zeichen, aber hier zeigte sich doch die rechts-konservative Seite der Partei bei ethischen Fragen: Die Abtreibungszahlen müssten gesenkt werden und mit der Initiative würde eine höhere Schwelle gesetzt, so das Argument für das EVP-Ja.²³

ANDERES
DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

Nachdem die Lega im Vorjahr sowohl den Tod von Parteigründer Giuliano Bignasca als auch von ihrem Regierungsrat Michele Barra hatte verkraften müssen, wurde erwartet, dass ein Machtvakuum entstünde, das allenfalls die im Kanton Tessin noch junge SVP ausnutzen könnte. Allerdings hatte sich im Südkanton auch die **Lega** für die im Tessin mit dem höchsten Ja-Stimmen-Anteil angenommene Masseneinwanderungsinitiative eingesetzt und die Partei war erfolgreich im Kampf gegen die finanzielle Beteiligung des Tessins an der Weltausstellung in Mailand. Der bisher gut funktionierende **Spagat zwischen Opposition und Regierung** – seit 2011 verfügt die Lega über zwei Regierungsräte und ist die zweitstärkste Fraktion im Tessiner Parlament – schien allerdings immer weniger zu gelingen. So mussten sowohl der Sindaco von Lugano – Marco Borradori – als auch die Lega-Regierungsräte mehrere in der Partei eigentlich verhasste Steuererhöhungen propagieren. Um gegen das Verschwinden der sozialen Seite der Lega zu protestieren, wurde eine „Lega der Empörten“ gegründet. Die Partei habe sich immer auch für den kleinen Mann eingesetzt und sei unter anderem deshalb immer gegen Steuererhöhungen gewesen. Sie müsse auch gegen die ebenfalls von der kantonalen Regierung gutgeheissenen Kürzungen der Zuschüsse an die Krankenkassenprämien oder die Einführung von Kehrtrichtersackgebühren Sturm laufen.²⁴

ANDERES
DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

Das 2013 aufgegleiste Comeback der **Schweizer Demokraten** nahm auch 2014 keine Fahrt auf. Für die Partei noch schlimmer: Für die Landratswahlen im Kanton Basel-Landschaft 2015 – einst Hochburg der rechtsnationalen Nachfolgerin der Nationalen Aktion und Heimatkanton ihres Präsidenten und einstigen Nationalrats Rudolf Keller – fanden die SD nicht einmal mehr Kandidierende, die zu den Wahlen antreten wollten. Es tue weh, mit anzusehen, wie die Partei langsam einschlafe, gab Josua Studer, der letzte SD-Landrat zu Protokoll, der von 2007 bis 2011 für die Partei in der Baselbieter Legislative gesessen hatte. Kantonale Mandate haben die SD seit 2012 keine mehr; auch bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Bern konnte die Partei kein Mandat erringen und lediglich noch 0,3% der Wählerschaft von sich überzeugen. Auch die verbleibenden kommunalen Ämter im Kanton Zürich mussten die SD im Berichtsjahr allesamt abgeben. In Winterthur und in Uster traten die SD nicht einmal mehr an und gaben den jeweiligen bisherigen Sitz kampflos preis. In Zürich verloren die SD beide Sitze, und in Wädenswil war zwar der als Strategieexperte bekannte Albert A. Stahel für

die Partei angetreten, konnte aber den dortigen Sitz ebenfalls nicht halten. Der für die Zürcher Stadtexekutive antretende Walter Wobmann konnte ebenfalls nicht in die Entscheidung eingreifen. Ein Lebenszeichen der Partei war die nach wie vor in sechs Ausgaben erscheinende Parteizeitung, der „Schweizer Demokrat“. ²⁵

ANDERES

DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

Die **EDU** ist die einzige rechtskonservative Partei, die sich in mehreren Kantonen **neben der SVP** halten kann. Alle anderen Parteien – etwa die Schweizer Demokraten oder die Autopartei/Freiheitspartei – sind in den Kantonen verschwunden. Am rechten Rand gibt es nur noch die Lega und den MCG, die beide die in Grenzgängerkantonen spezifischen Probleme bewirtschaften, und eben die EDU. Ein Grund für das Weiterbestehen dürfte die religiöse Verankerung der EDU sein, setzt sich die Partei doch nach eigener Aussage für eine Ordnung nach biblischen Grundsätzen „im Vertrauen auf Jesus Christus und die Bibel als Gottes Wort“ ein. Exemplarisch zeigt sich die politische Nähe der EDU zur SVP-Politik in der Parolenfassung. Nicht selten finden sich die beiden Parteien alleine gegen alle anderen grösseren Parteien in ihren Abstimmungsempfehlungen – im Berichtsjahr etwa beim Ja zur Masseneinwanderungs-, zur Pädophilen- (hier zusammen mit der BDP) und zur Abtreibungsfinanzierungsinitiative (mit der EVP). Bei letzterer hatte die EDU auch bei der Unterschriftensammlung geholfen. Allerdings erwies sich die EDU 2014 in zwei Fällen gar als basisnaher als die SVP: Das Ja zum Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative und zur Goldinitiative wurde nämlich zwar nicht von der SVP-Mutterpartei, aber von zahlreichen SVP-Kantonalsektionen ergriffen. Die SVP-Basis war also näher bei der EDU-Empfehlung als bei der Parole ihrer Mutterpartei. ²⁶

ANDERES

DATUM: 18.01.2019
GIADA GIANOLA

Im Januar 2019 wurde bekannt, dass **hinter Spenden an verschiedene Kandidatinnen und Kandidaten der deutschen Partei «Alternative für Deutschland (AfD)» Schweizer Gelder stehen**. Gemäss Artikeln einer Recherchekooperation des Westdeutschen Rundfunks Köln, des Norddeutschen Rundfunks, der Süddeutschen Zeitung und der Tamedia habe die Agentur von Alexander Segert dem AfD-Kandidaten Guido Reil Spenden übermittelt. Der deutsche Staatsbürger Alexander Segert habe gemäss der Recherche Beziehungen zur **SVP**, unter anderem war seine Werbeagentur mit Sitz in Andelfingen (ZH) für verschiedene SVP-Kampagnen verantwortlich gewesen. Unklar war gemäss Medien, ob Segert auch Spenden an die AfD-Kandidatin Alice Weidel übermittelt habe, wie erste Berichte hatten vermuten lassen. In Deutschland sind Parteispenden aus Nicht-EU-Staaten über 1'000 Euro vom Gesetz verboten. Aus diesem Grund wurde eine Untersuchung der Bundestagsverwaltung und der Staatsanwaltschaft Konstanz eröffnet. ²⁷

ANDERES

DATUM: 04.04.2019
GIADA GIANOLA

Im April 2019 nahm die Schweizer Presse die Geschichte zu den aus der Schweiz stammenden Spenden an die **«Alternative für Deutschland (AfD)»** wieder auf. So wurde berichtet, dass der Zürcher Milliardär und SVP-Gönner Henning Conle, ein schweizerisch-deutscher Immobilienunternehmer, der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel über eine Schweizer Pharmafirma CHF 150'000 überwiesen habe. Der Immobilienunternehmer sei auch Gönner der **SVP**. Er habe die 100-Jahr-Feier der SVP finanziell unterstützt, wie die Medien berichteten. Auf der Spenderliste der Feier sei überdies auch der Name von Alexander Segert gestanden, dem Werbeagenten aus Andelfingen (ZH), der gemäss Medien den AfD-Kandidaten Guido Reil unterstützt haben soll. ²⁸

ANDERES

DATUM: 16.04.2019
GIADA GIANOLA

Im April 2019 berichtete die Schweizer Presse über die **Ergebnisse der Untersuchung der illegalen Parteispenden** durch die deutsche Bundestagsverwaltung. Diese war zum Schluss gekommen, dass der AfD-Kandidat Guido Reil und der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen illegale Parteispenden von einer Agenturfirma aus der Schweiz erhalten hatten. Die AfD wurde wegen dieser beiden Spenden zu einer Strafzahlung in Höhe von etwa Euro 400'000 verpflichtet. Die Untersuchungen zu der Spende an die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel waren zu diesen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. ²⁹

1) NZZ, 5.4.04; Bund, 6.4.04.

2) BZ, 19.6.06.

3) NZZ, 27.3.06.

4) NZZ, 19.10.09.

- 5) NZZ, 10.5. und 18.10.10; LIB, 20.5.10.
- 6) BaZ, 19.1.11.
- 7) NZZ, 21.9.12.
- 8) TG, 22.1.13.
- 9) LT, 14.11.13; LT und NZZ, 4.12.13.
- 10) AZ, 4.1.14
- 11) Lib, 13.1.14; NF, 6.10.14
- 12) CdT, 7.3., 8.3.14; BaZ, CdT, NZZ, 10.3.14
- 13) SO, 26.1.14; AZ, Blick, NZZ, 1.4.14
- 14) AZ, NZZ, 10.1.14; NZZ, 18.1., 7.4.14; APZ, 26.11.14
- 15) LZ, 22.4.14
- 16) TG, 30.5.14; SO, 12.10.14; TG, 13.10.14
- 17) Medienmitteilung EDU vom 16.5.2014; Medienmitteilung EDU vom 7.8.2014
- 18) LT, 18.6.14
- 19) NZZ, 25.8.14; Blick, 26.8.14; TG, 28.8., 12.12.14
- 20) WW, 27.8.14; TA, 10.9.14; NZZ, 20.10.14
- 21) NZZ, 22.10.14
- 22) www.bdp.ch; NZZ, 13.1., 7.4.14; SO, 19.10.14; NZZ, 20.10.14
- 23) www.evppev.ch; NZZ, 27.1., 7.4.14; Blick, 8.4.14; NZZ, 30.6.14
- 24) SGT, 20.1.14; AZ, 27.1.14; CdT, 7.3.14; NZZ, 20.6.14; SGT, 14.7.14; NZZ, 30.7.14; AZ, 17.10.14
- 25) www.schweizer-demokraten.ch; BLZ, 17.11.14
- 26) Lit. Caroni; www.edu-schweiz.ch
- 27) So-Bli, 13.1.19; TA, 19.1.19
- 28) BaZ, TA, 5.4.19; WoZ, 11.4.19
- 29) BaZ, 17.4.19; WoZ, 18.4.19